

Solidarität mit Schwerverletztem

Göttingen: Demonstrationen protestiert gegen rechte Gewalt nach Messerangriff auf Nazigegner

Von Luca von Ludwig

Zum zweiten Tag in Folge sind am Montag mehrere hundert Menschen im niedersächsischen Göttingen auf die Straße gegangen, nachdem dort am Wochenende ein junger Antifaschist niedergestochen und lebensgefährlich verletzt wurde – wohl von einem stadtbekanntem Rechten. »Wir sind zutiefst getroffen von dem Angriff«, sagte ein Sprecher der Jugendorganisation der Gewerkschaft IG Metall bei der Demonstration am Montag, an der sich laut *Göttinger Tageblatt* etwa 700 Menschen beteiligten. Schon am Sonntag hatten demnach über 1.000 Personen an einem Protestzug teilgenommen.

Der Angriff hat sich in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag ereignet. Das 23jährige Opfer sei nach Darstellung der Polizei mit einem zunächst unbekanntem spitzen Gegenstand lebensbedrohlich verletzt und in eine Klinik eingeliefert worden. Von dem Täter habe zu diesem Zeitpunkt »jede Spur« gefehlt. Bislang ist nicht bekannt, wie es zu der Gewaltsituation kam. Am Sonntag wurde dann auf der linken, anonym nutzbaren Onlineplattform »indymedia.org« eine Beschreibung nebst Foto des mutmaßlichen Angreifers veröffentlicht. Demnach soll es sich um den 17jährigen »Jungfascho« Max D. handeln. Er wurde daraufhin in polizeilichen Gewahrsam genommen. »Der Name des jungen Göttingers und damit seine etwaige Tatbeteiligung waren der Polizei bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im Internet nicht bekannt und wurden auch im Zuge der ersten Ermittlungen und Befragungen nicht an die Ermittler herangetragen«, so die Polizei weiter.

Auf Entscheidung der zuständigen Staatsanwaltschaft hin wurde der mutmaßliche Täter nach der Vernehmung am Sonntag, wobei er von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machte, wieder freigelassen. Da sich die Begleiter des Opfers gegenüber der Polizei ebenfalls nicht zum Tathergang äußern wollten, lasse »sich eine Notwehrsituation nicht ausschließen«, erklärte die Staatsanwaltschaft am Montag. Ein dringender Tatverdacht sei »derzeit nicht zu begründen«. An den Ermittlungen sind sowohl die Mordkommission als auch der Staatsschutz beteiligt.

Mit den Spekulationen über eine etwaige »Notwehrsituation« seitens der Staatsanwaltschaft solle »verdreht werden, wer hier Täter und wer Opfer ist«, hieß es in einer Rede auf der Demonstration am Montag. Eine weitere Rednerin, dem Vernehmen nach von der Schule des mutmaßlichen Täters, stellte den Vorfall in einen größeren bildungspolitischen Kontext: Beispielsweise gebe es in Niedersachsen keine Drittelparität; bei Schulgesamtkonferenzen hätten Lehrkräfte somit kategorisch die Mehrheitsposition gegen die Schüler

inne. »Mitbestimmung der Schülerschaft in allen Belangen« sei jedoch die Basis für eine »antifaschistisch-demokratische Schule für alle«.

»Der Anschlag vom Wochenende ist die Zuspitzung einer Kette von Aktionen der jüngeren Vergangenheit«, führte ein Sprecher der SDAJ Göttingen am Dienstag im Gespräch mit *junge Welt* aus. Vor kurzem sei beispielsweise eine Plakette auf dem Göttinger Albaniplatz, die an die Bücherverbrennungen der Nazis erinnert, übersprüht worden. Die beiden Demonstrationen bezeichnete der Sprecher als »sehr wichtige Aktionen«, mit denen »schnell gezeigt werden konnte: Göttingen steht hinter dem Opfer und stellt sich dem Täter entgegen.«

Nach politischen Forderungen gefragt, sagte der SDAJ-Sprecher mit Blick auf das »Notwehr«-Argument der Staatsanwaltschaft, die »Täter-Opfer-Verdrehung« müsse aufhören. Auch er verwies auf die mangelhafte Mitbestimmung der Schüler an den niedersächsischen Schulen. Durch die fehlende Drittelparität verfügten Lehrer stets über 50 Prozent der Stimmen und könnten somit Bildungsentscheidungen über die Köpfe der Schülerschaft hinweg treffen. Zu einer umfassenden Bildung gehöre jedoch gerade, »das aktuelle politische Geschehen nicht mit aufgesetzter bürgerlicher Neutralität« zu behandeln.

»Das Stärkste, was wir als Antifaschisten machen können, ist Zusammenhalt und Solidarität zeigen«, so der Sprecher der SDAJ Göttingen gegenüber *jW* weiter. Wenn sich Schüler an ihren Schulen politisch frei betätigen könnten, würde das dazu beitragen, dass Faschisten entschieden entgegengetreten werden könne. »Denn dann sehen Schüler, dass ihre Interessen umgesetzt werden, wenn sie gemeinsam kämpfen – und nicht, wenn sie rechte Lügen glauben.«

<https://www.jungewelt.de/artikel/524812.angriff-auf-antifaschisten-solidarität-mit-schwerverletztem.html>